

## Die Schweiz ist ein Museenland

**Museumsstatistik** Die Menschen in der Schweiz gehen häufiger ins Museum als ins Kino: Das ist eine der Erkenntnisse, welche die erste Museumsstatistik des Bundes zutage fördert. Insgesamt gibt es hierzulande 1111 Museen. Dies belege die grosse Bedeutung der Museen, sagte Isabelle Chassot, die Direktorin des Bundesamtes für Kultur (BAK), gestern bei der Präsentation der Statistik. Die 1111 Museen verbuchten im Jahr 2015 12,1 Millionen Eintritte. Fast drei Viertel der Museen kamen aber auf weniger als 5000 Eintritte, während 4,4 Prozent 50 000 und mehr Eintritte verzeichneten. Mehr als ein Viertel aller Besuche entfiel auf Kunstmuseen.

Durchschnittlich verbuchten Kunstmuseen 19 500 Eintritte. Ebenfalls beliebt sind naturwissenschaftliche Einrichtungen mit durchschnittlich 24 000 Eintritten. Am wenigsten besucht werden die regionalen und lokalen Museen (durchschnittlich 1800 Eintritte), von denen es mehr gibt als von jedem anderen Museumstyp. Von den 1111 Museen sind 367 regionale und lokale Institutionen. Kunstmuseen folgen an zweiter Stelle (171), vor technischen (140), historischen (126) und naturwissenschaftlichen (59) Museen.

### In jedem vierten Dorf ein Museum

Die Museen sind über das ganze Land verstreut. In mehr als einem Viertel der Gemeinden befindet sich mindestens ein solche Institution. Am meisten Museen gibt es in der Deutschschweiz, die italienischsprachige Schweiz hat die höchste Museumsdichte. Einen internationalen Vergleich hat das Bundesamt für Statistik nicht vorgenommen, doch dürfte die Schweiz bei der Dichte zu den Spitzenreitern gehören, wie Direktor Georges-Simon Ulrich sagte. Viele Museen werden überwiegend durch die öffentliche Hand finanziert. Fast die Hälfte (49 Prozent) gab diese als Hauptfinanzierer an.

Im Jahr 2014 haben 72 Prozent der Bevölkerung ein Museum, eine Ausstellung oder eine Galerie besucht. Diese Ergebnisse entstammen einer Erhebung, für die rund 16 500 Personen der ständigen Wohnbevölkerung zu ihrem Kultur- und Freizeitverhalten befragt wurden. (sda)

# Premiere in Buenos Aires

**Präsidiarreise** Erstmals hat mit Doris Leuthard eine Bundespräsidentin Argentinien besucht. Sie lobte die Reformen von Präsident Macri. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen sollen nun rasch beginnen.

Maja Briner, Buenos Aires

Es ist eine Premiere: Bundespräsidentin Doris Leuthard ist gestern in der «Casa Rosada», dem argentinischen Präsidentenpalast, empfangen worden – als erste Schweizer Bundespräsidentin überhaupt. «Es ist eine sehr grosse Ehre», sagte Leuthard bei der gemeinsamen Medienkonferenz mit dem argentinischen Präsidenten Mauricio Macri. Für ihn fand Leuthard lobende Worte: Macris Regierung habe mutig Reformen angepackt. «Wir sind überzeugt, dass das die richtige Richtung für Argentinien ist», sagte Leuthard. Es sei ein schwieriger Weg, die Resultate würden nicht von einem Tag auf den anderen kommen, sagte sie – und versicherte Macri: «Die Schweiz steht an Ihrer Seite und bedankt sich für die Reformen.»

Der liberale Unternehmer Macri ist seit anderthalb Jahren Präsident von Argentinien. Nach zwölf Jahren linkspopulistischer Regierung des Ehepaars Kirchner leitete Macri liberale Wirtschaftsreformen ein. Diese wecken indes Widerstand in Teilen der Bevölkerung; kürzlich legte ein Generalstreik Buenos Aires lahm. Macri aber liess sich davon bisher nicht beeindrucken.

### Verhandlungen starten vor Mitte Jahr

Vorwärts machen wollen Leuthard und Macri beim geplanten Freihandelsabkommen zwischen der südamerikanischen Wirtschaftsunion Mercosur und der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta), zu der auch die Schweiz gehört. Die Verhandlungen sollen noch vor Mitte Jahr starten, wie Leuthards Departement nach dem Treffen mitteilte. Macri zeigte sich sehr erfreut: «Wir sind enthusiastisch über die Kooperation zwischen Mercosur und Efta», sagte er. Das biete viele Chancen.

Allerdings: Mit der EU verhandelt Mercosur schon seit Jahren über ein Freihandelsabkommen. Leuthard zeigte sich im Gespräch mit unserer Zeitung dennoch optimistisch für die anstehenden Verhandlungen. Man kenne sich relativ gut, viele Vor-



Bundespräsidentin Doris Leuthard mit Argentinien-Präsident Mauricio Macri in der «Casa Rosada».

Bild: Remo Nägele

arbeiten seien schon geleistet, und Macri unterstütze das Freihandelsabkommen persönlich, sagte sie. «Für die Efta könnte es einfacher sein, das Abkommen auszuhandeln, als für die EU, da die Efta kleiner ist», sagte sie. Einen Zeitplan für das Abkommen konnte sie nicht nennen.

Nicht nur via Efta und Mercosur sollen die Schweiz und Argentinien enger zusammenarbeiten, sondern auch bilateral. Leuthard und Macri vereinbarten gestern in einer gemeinsamen Präsidiarerklärung, die Beziehungen zu intensivieren. Neben Wirtschaft und Handel streben die beiden Länder auch in anderen Bereichen eine engere Kooperation an, etwa in der Wissenschaft, der In-

frastruktur und im Umwelt- und Klimaschutz an.

Begleitet wird Leuthard bei ihrem Besuch in Buenos Aires von einer über 20-köpfigen Delegation aus der Wirtschaft. Diese sieht auch dank Macris Reformen neue Chancen. Die Schweiz ist in Argentinien die Nummer sechs, was Investitionen angeht, wie Leuthard vor den Medien betonte. Nach Gesprächen mit argentinischen Ministern sei sie zuversichtlich, «dass Schweizer Firmen weiterhin in Argentinien Arbeitsplätze schaffen und gute Bedingungen vorfinden können», sagte sie.

Interessant für die Schweiz ist Argentinien auch deshalb, weil das Land nächstes Jahr die Grup-

pe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, die G20, präsidiert. Da die Schweiz nicht Mitglied ist, kann sie bei den G20-Treffen jeweils nur teilnehmen, wenn sie vom vorsitzenden Land – diesmal eben Argentinien – eingeladen wird.

### Arme Schweiz, reiches Argentinien

Macri und Leuthard betonten beide, die Schweiz und Argentinien hätten dank der Schweizer Auswanderer eine langjährige Verbindung. Im 19. Jahrhundert wanderten etliche Schweizer, insbesondere ärmere, ins damals reichere Argentinien aus. Das Land habe vielen Schweizern eine neue Heimat und eine Zu-

kunft geboten, sagte Leuthard. «Und sie fühlten sich hier offenbar so wohl, dass sie nicht zurückkehren wollten.» In Argentinien leben heute rund 16 000 Schweizer – es ist die grösste Auslandschweizergemeinschaft Lateinamerikas. «Das ist eine gute Basis für eine Zusammenarbeit», sagte Präsident Macri.

Während ihres Aufenthalts in Buenos Aires will sich Leuthard auch mit Auslandsschweizern treffen. Auf dem Programm steht zudem unter anderem die Besichtigung der Untertunnelung der Sarmiento-Eisenbahnlinie, bevor es nach Peru weitergeht. Auch dort wird Leuthard die erste Bundespräsidentin sein, die das Land besucht.

## Die Mühen der Eritreer

**Integration** Eritreischen Flüchtlingen fällt es schwer, in der Schweiz beruflich Fuss zu fassen. Gründe dafür sind neben der Sprachbarriere der Bildungshintergrund sowie die Sozialisation in einem totalitären Regime.

Anfang April luden Exil-Eritreer in die Rote Fabrik in Zürich. Diskutiert wurde unter anderem über das Bild, das die Medien von den hier lebenden Eritreern zeichnen. Dieses sei undifferenziert und entmutigend, hiess es. Eritreer würden als faul und nicht integrierbar bezeichnet.

Dass sich Flüchtlinge aus Eritrea schwertun mit der sozialen und beruflichen Integration, das ist allerdings eine Tatsache. So hielt die Fachstelle für Integrationsfragen des Kantons Zürich 2015 in einem Bericht fest, für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen aus Eritrea seien die Chancen auf eine qualifizierte Anstellung ge-

ring und der Abschluss einer Berufslehre in der Schweiz «ein langer Weg».

Und auch die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Von 8350 als Flüchtlinge anerkannten Eritreern im erwerbsfähigen Alter waren Ende Februar lediglich 1650 erwerbstätig, das ergibt eine Erwerbsquote von rund 20 Prozent. Bei den vorläufig Aufgenommenen beträgt die Quote gar nur 16,4 Prozent. 2015 bezogen rund 84 Prozent der eritreischen Flüchtlinge, die sich in der finanziellen Zuständigkeit des Bundes befanden, Sozialhilfe. Die Zahlen sind zwar ernüchternd und liegen unter dem Durchschnitt aller Herkunftsländer. Die Erwerbs-

quote von anerkannten Flüchtlingen aus anderen wichtigen Herkunftsländern wie Syrien oder Afghanistan ist aber noch tiefer, die Sozialhilfequote noch höher.

### Guido Graf: Eigeninitiative ist ungenügend

Doch bei der Integration von eritreischen Flüchtlingen scheinen sich ganz spezifische Probleme zu stellen. Die Mehrheit der befragten Sozialarbeiter stellte fest, dass die Eritreer zumindest zu Beginn sehr unselbstständig seien, heisst es im Bericht der Zürcher Fachstelle für Integrationsfragen. Durch die Sozialisation in einem totalitären Regime sei das Gefühl für Selbstbestimmung und Eigen-

verantwortung weniger stark vorhanden als bei anderen Gruppen. Der Luzerner Regierungsrat Guido Graf (CVP) teilt diese Einschätzung: «Die Eigeninitiative ist zum Beispiel bei Personen aus Afghanistan stärker ausgeprägt.»

Erschwerend hinzu kommt der fehlende Bildungshintergrund aufgrund des Nationaldienstes. Dieser ist für Männer und Frauen obligatorisch und dauert gemäss Gesetz 18 Monate. In der Realität sei der Dienst aber weiterhin zeitlich unbefristet und dauere meist mehrere Jahre, hielt das Staatssekretariat für Migration im vergangenen Jahr fest. «Durch den Nationaldienst verfügen die Personen aus

Eritrea oft nicht über eine eigentliche berufliche Ausbildung», sagt Tatjana Hulliger vom Sozialamt des Kantons Bern.

### Landsleute sollen Integration erleichtern

Ron Halbricht arbeitet eng mit Eritreern zusammen. Er leitet die Zürcher Sektion des National Coalition Building Institute (NCBI), das sich für die Integration von Ausländern einsetzt. «Ein grosses Problem ist die fehlende Integration während des Asylprozesses», sagt Halbricht. Häufig kämen die eritreischen Flüchtlinge erst nach dem Asylentscheid in den Genuss von staatlichen Integrationsmassnah-

men wie etwa Sprachkursen. Bis dahin seien die anfänglich sehr motivierten Eritreer aber oft bereits demotiviert und frustriert.

Nach positiven Erfahrungen in Zürich versucht das Bildungsinstitut NCBI nun auch in der Ostschweiz, die Integration von Eritreern mittels Unterstützung von ausgebildeten Landsleuten – sogenannten «Brückenpersonen» – voranzutreiben. Beteiligt sind Stadt und Kanton St. Gallen sowie Appenzell Ausserrhoden. Das Problem ist, wie so oft, das Geld: «Die Finanzierung ist eine riesige Herausforderung», sagt Halbricht.

Tobias Bär